

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **15.10.2015** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/030

Beginn öffentlicher Teil: 18:02 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 21:03 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:02 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 21:27 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

	Apel, Robert	- ab TOP 4 -
	Birgin, Gurbet	- ab TOP 3 -
	Braun, Hartmut	
	Brönnemann, Alfred	- bis TOP 8 -
	Bublitz, Werner	
	Dralle, Karl-Heinz	
	Ehrhardt, Hans-Joachim	
	Fleischmann, Michael	- entschuldigt -
	Gersemann, Christiane	
	Hinz, Gerald	
	Hunze, Carl	
WGS	Kaefer, Volkhard	
	Kizilyel, Sükrü	
	Knauer, Detlef	- ab TOP 3 -
	Köneke, Klaus	
	Kuyucu, Ahmet	- ab TOP 4 -
	Leykum, Maria	
	Meinig, Birgit	
	Morich, Hans-Dieter	
	Neitzel, Beate	
	Obst, Wolfgang	
	Peters, Kai	
	Pilgrim, Adolf-W.	
	Plaß, Barthold	
	Rheinhardt, Michael	
	Schrader, Karl-Ludwig	
	Schulz, Kurt-Ulrich	
	von Oettingen, Gero	

Verwaltung

Zschoch, Mirco

Franke, Marius
Hammermeister, Lars
Kauter, Theo
Kugel, Michael
Pape, Petra

- bis Ende des öffentlichen
Teils -

Philipps, Lutz
Reichert, Hans-Jürgen
Vierke, Silke

- bis TOP 3 -

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Jahresabschluss zum 31.12.2010
Vorlage: 2015 0887
4. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962
5. Entwurf Investitionsprogramm 2016
Vorlage: 2015 0963
6. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964
7. Resolutionsentwurf
Rückführungserlass d. Nds. Innenministeriums zum Thema Flüchtlinge und Asyl-
bewerber
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 29.09.2015 -
Vorlage: 2015 0965
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 18.02 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärte, dass Herr Fleischmann entschuldigt sei und Herr Apel, Frau Birgin, Herr Knauer und Herr Kuyucu später kommen.

Herr Weinel wies darauf hin, dass die Tagesordnung um einen vertraulichen Teil mit dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Bürgermeisters“ erweitert werde.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Philipps teilte mit, dass am 30.11.2015 eine Informationsveranstaltung stattfindet, in der Herr Prof. Dr. Arnim Goldbach über den Jahresabschluss informieren und Erläuterungen geben werde.

3. Jahresabschluss zum 31.12.2010 Vorlage: 2015 0887

Herr Baxmann nahm während der Beratung und Abstimmung im Zuschauerraum Platz.

Herr Zschoch erklärte, dass sich die CDU-Fraktion der Abstimmung enthalten werde und verwies auf die entsprechende Argumentation im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen. Es werde ein Rechtsverstoß unterstellt, da der Jahresabschluss 2010 erst im Jahr 2015, und damit nicht in der vorgeschriebenen Frist, vorliege. Im Hinblick auf eine gewissermaßen Vorbildfunktion für Bürger/innen sei dieses nicht tragbar. Begründungen für die späte Vorlage, wie z.B. ähnlich gelagerte Beispiele anhand anderer Verwaltungen oder die fehlenden personellen Ressourcen, halte **Herr Zschoch** nicht für ausreichend. Er wiederholte die langjährige Forderung nach einer Verwaltungsstrukturanalyse.

Herr Hinz führte aus, dass das Ergebnis für das Jahr 2010 bereits seit 2011 bekannt sei und lediglich noch nicht geprüft war. Der 27-seitige Jahresbericht sei eine ausführliche Arbeit. Inhaltlich habe das Rechnungsprüfungsamt (RPA) aufgelistet, an welchen Stellen ggfs. Nacharbeiten erforderlich seien. Einwendungen seien nach dem abschließenden Ergebnis nicht zu erheben. Er erinnerte daran, dass der Jahresabschluss bereits im Juni auf der Tagesordnung stand und alle Fraktionen Gelegenheit für Fragen

hatten. **Herr Hinz** unterstellte dem Vorredner ein bestehendes Misstrauen gegenüber der Kämmerei, dem Ersten Stadtrat und dem Bürgermeister. Andere Gebietskörperschaften hätten ebenfalls den Jahresabschluss 2010 erst in diesem Jahr vorgelegt. Es habe eine immense Umstellung in der Buchführung der Gebietskörperschaften gegeben. Der Jahresabschluss könne zur Kenntnis genommen werden und dem Bürgermeister werde die Entlastung erteilt.

Herr Schulz dankte dem RPA für die Erstellung des Prüfungsberichts. Er erinnerte daran, dass dieses der erste Abschluss eines doppelhaushalts sei und die vorherigen Abschlüsse immer fristgerecht vorlagen. Für das Jahr 2009 habe der Abschluss bereits 2010 vorgelegen und sei am 21.05.2011 im Rat beschlossen worden, sämtliche Prüfungsbemerkungen waren ausgeräumt. Trotz der Wirtschaftskrise sei 2010 kein schlechtes Jahr für die Stadt Burgdorf gewesen. Die Bilanz verbesserte sich von 214 Millionen auf 217 Millionen Euro. Die Investitionskredite konnten in diesem Zeitraum um 400.000 Euro vermindert werden. Gegenüber dem vorausgesagten Minus betrug das tatsächliche Minus mit 2,5 Millionen Euro rd. 5 Millionen Euro weniger. Insgesamt sei, wie auch vom RPA bestätigt, ordentlich gewirtschaftet worden.

Herr Zschoch führte aus, dass die Einsparungen unter anderem durch Minderausgaben bei der Gebäudeinstandhaltung erfolgt seien. Er stellte daher das Vorliegen einer tatsächlichen Einsparung in Frage. Das Herausschieben von Renovierung und Sanierung sei für die Substanz nachteilig.

Herr Hinz erläuterte, dass durch vorläufige Ergebnisse die Entwicklung bereits dargestellt werde. Das formelle Jahresabschlussverfahren sei rechtlich notwendig, bleibe aber dennoch eine Rückschau. Er ginge nicht von wesentlichen Änderungen vorliegender Zahlen aus.

Herr Philipps hob hervor, dass der Jahresabschluss nicht wie unterstellt wegen der Personalsituation erst jetzt, sondern trotz der Personalsituation bereits vorliege. Beispielsweise habe die Region Hannover den Jahresabschluss für 2010 erst kürzlich bekannt gemacht. Von einer Gesetzesverletzung zu sprechen, sei in diesem Zusammenhang nicht angemessen.

Der Rat fasste die folgenden

Beschlüsse:

Der Rat nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 der Stadt Burgdorf zur Kenntnis und beschließt

mit 19 Jastimmen und 10 Enthaltungen:

- 1. den Jahresabschluss des Jahres 2010, mit dem Beschluss über den Jahresabschluss stimmt er gleichzeitig den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010, die über 10.000 € liegen und die bisher nicht nach § 40 Abs. 1 Ziff. 8 und § 89 Abs. 1 NGO (§§ 58 Abs. 1 Ziff. 9 u. 117 Abs. 1 NKomVG) genehmigt worden sind, nachträglich zu (s. Anhang Jahresabschluss 2010, Seiten 101 bis 103). Darüber hinaus nimmt er die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010 bis 10.000**

€ (bei denen die Zuständigkeit gem. § 89 NGO (§ 117 NKomVG) i. V. m. § 6 der Haushaltssatzung 2010 beim Bürgermeister lag) zur Kenntnis (s. Anhang Jahresabschluss 2010, Seiten 104 bis 112).

mit 19 Jastimmen und 10 Enthaltungen:

2. dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2010 die Entlastung zu erteilen,

mit 19 Jastimmen und 10 Enthaltungen:

3. den Überschuss der außerordentlichen Erträge über die außerordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2010 (522.504,73 €) zur anteiligen Deckung des Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von -2.957.428,27 € zu verwenden (der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von -2.434.923,54 € wird in der Bilanz 2011 als Fehlbetrag aus Vorjahren ausgewiesen).

**4. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962**

Die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 6 wurden gemeinsam behandelt.

Herr Philipps brachte die Entwürfe der Haushaltssatzung 2016, des Investitionsprogramms 2016 sowie des Stellenplans 2016 ein. Die Haushaltsrede ist dem Originalprotokoll als Anlage 1 beigefügt.

Nach der Haushaltsrede gab es eine Sitzungsunterbrechung von 19.45 – 19.55 Uhr.

**5. Entwurf Investitionsprogramm 2016
Vorlage: 2015 0963**

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

**6. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964**

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

**7. Resolutionsentwurf
Rückführungserlass d. Nds. Innenministeriums zum Thema Flüchtlinge und Asylbewerber
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 29.09.2015 -
Vorlage: 2015 0965**

Herr Zschoch verlas den Resolutionsentwurf - Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Hinz erläuterte, dass der Resolutionsentwurf Tatsachenbehauptungen und Schlussfolgerungen enthalte, die die SPD nicht nachvollziehen könne oder in der Schlussfolgerung nicht nachvollziehen wolle. Der Antrag befasse sich intensiv mit der Härtefallregelung. Damit gehe es nicht um die Menschen, die derzeit nach Deutschland kämen, sondern um gut integrierte Familien und Einzelpersonen, die nicht politisch verfolgt würden. Er wies darauf hin, dass hier ein Einwanderungsgesetz helfen könne, das klar aussage, wer aufgenommen werde und wer nicht. **Herr Hinz** führte aus, dass unbestritten sei, dass Deutschland Zuwanderung brauche, um die Sozialsysteme zukünftig aufrecht zu halten. Die Abschiebung langjährig in Deutschland lebender Asylbewerber/innen löse nicht die Probleme der Unterbringung der Masse der Menschen, die derzeit kommen. Für diese Menschen sei wichtig, schnell zu erfahren, ob sie bleiben können oder wieder zurück müssen. Dafür müssten Verfahren beschleunigt werden, was aber Bundes- und Länderaufgabe sei. **Herr Hinz** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dieser Resolution nicht anschließe.

Herr Knauer äußerte sein Entsetzen über den Resolutionsentwurf. Er erinnerte an die Resolution vom 05.03.2015 für ein „buntes“ Burgdorf, die der Rat einstimmig gefasst habe. In dem vorliegenden Resolutionsentwurf werde ein schnelleres und härteres Abschieben u.a. durch kürzere Fristen gefordert. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. **Herr Knauer** lehnte die Resolution ab und appellierte, den Antrag zurück zu ziehen.

Frau Weilert-Penk stellte in Frage, ob die Bedeutung der Härtefallregelung überhaupt allen bekannt sei. Zur Erläuterung der Härtefallregelung gab sie Beispiele und ergänzte, dass Rechte eingeschränkt werden sollen, welche in der Verfassung stehen. **Frau Weilert-Penk** führte aus, dass Flüchtlingsströme dadurch nicht verhindert würden. Der Antrag suggeriere, dass hierdurch die Flüchtlingsproblematik in den Griff zu bekommen sei. Das sei aber nicht der Fall.

Herr Bublitz teilte mit, dass er den Resolutionsentwurf nicht nachvollziehen könne und die SPD-Fraktion ihn nicht unterstützen werde.

Herr Zschoch erklärte, dass er viele der getätigten Aussagen unterstreichen könne, da man auf einer Linie sei. Aufgrund einiger kritischer Äußerungen verwies er auf die wortgleiche Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände, des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, des Landkreistages und des Nieders. Städtetages, welche parteiübergreifend besetzt seien. Von daher seien die Vorwürfe teilweise nicht nachvollziehbar für ihn. Es gehe unter anderem darum, das geltende Recht entsprechend konsequent anzuwenden. Es werde über den durch die rot-grüne Landesregierung eingeführten Rückführungserlass diskutiert, um in der Flüchtlingspolitik eine andere Sichtweise durchzusetzen. Er kritisierte den daraus resultierenden Aufbau zusätzlicher Hindernisse, um nach einem rechtsstaatlichen Prozess auch diejenigen wieder abschieben zu können, die im Asylverfahren nicht anerkannt wurden. Wenn man sich Regeln gebe, müsse man dafür sorgen, dass sie auch angewandt und konsequent bis zum Ende durchgeführt werden. **Herr Zschoch** sprach sich dafür aus, die Probleme offen und ehrlich anzusprechen und warnte davor, Tabus aufzubauen. Er warb erneut dafür, diesem Antrag zuzustimmen.

Herr Baxmann entgegnete, dass das Instrument der Aktuellen Stunde für eine kritische Auseinandersetzung mit den derzeitigen Problemen vor Ort geeigneter gewesen wäre. Das Thema sei zu komplex und zu emotional beladen für eine Resolution. Zudem sei der Entwurf nicht für die kommunale Ebene geeignet.

Herr Schulz führte aus, dass er den Resolutionsentwurf nicht für sinnvoll halte. Er regte ggfs. eine gesonderte Ratssitzung zum Thema an.

Herr Schrader sah den Diskussionsbedarf in Burgdorf. Es sei ihm wichtig, die Stimmung innerhalb der Burgdorfer Bevölkerung wahrzunehmen.

Herr Baxmann schlug vor, in der nächsten Ratssitzung eine 30-minütige Aktuelle Stunde zu dem Thema anzusetzen. Im Gegenzug forderte er, dass die CDU-Fraktion den Resolutionsentwurf zurücknehme.

Herr Köneke informierte darüber, dass Burgdorf für das Jahr 2015 die Zuweisung von etwa 600 Flüchtlingen verkraften müsse. Er befürwortete, den Zuzug einzudämmen und die, die keinen Anspruch haben, zurückzuschicken.

Herr Peters erklärte, dass die CDU dem Vorschlag von Herrn Baxmann nachkommen werde.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 29.09.2015 wurde zurückgezogen.

Es wird eine Aktuelle Stunde zu dem Thema in der kommenden Ratssitzung am 10.12.2015 stattfinden.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer